

Protokoll Nr. 33 (2023-2027) über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen

Sitzungstag:	Sitzungsbeginn:	Sitzungsende:	Sitzungsort:
05.02.2026	19:00 Uhr	21:44 Uhr	Bürgerhaus Hemelingen Godehardstraße 4 Sitzungssaal (großer Anbau)

Anwesend:

Vom Ortsamt

Jörn Hermening
Marc Liedtke

Vom Beirat

Kerstin Biegemann
Ralf Bohr
Jens Dennhardt
Hans-Peter Hölscher
Heinz Hoffhenke
Tom Hundak
Yunas Kaya
Dr. Christian Kornek
Elisabeth Laß
Waltraut Otten
Ingo Tebje
Christa Wilke
Reinhard Zwilling

Referent: innen / Gäste

Frida Kopka (energiekonsens)
Dr. Petra Kodré (SASJI)
Harm Cordes (Immobilien Bremen)
Thomas Rohdenburg (Immobilien Bremen)
Monika Duncan (SIS)

sowie weitere am Stadtteilgeschehen interessierte Personen

TOP 1: Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 18.12.2025 und 15.01.2026 sowie Rückmeldungen

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

TOP 3: Wärmepumpenwoche in Arbergen und Mahndorf

TOP 4: Zukunft der Angebote im Familienzentrum Mobile

TOP 5: Geplante Erweiterung des ÜWH Stolzenauer Straße

TOP 6: Aktueller Sachstand Sanierung BZA Hemelingen

TOP 7: Beiratsverschiedenes

Jörn Hermening eröffnet die Sitzung.

Das neue Beiratsmitglied Tom Hundak wird herzlich begrüßt.

Jörn Hermening informiert über das Bahnprojekt „Ausbaustrecke Langwedel – Bremen“ und weist in diesem Zusammenhang auf eine Informationsveranstaltung am kommenden Dienstag, den 10.02.2025 in der Zeit von 14:00 bis 19:00 Uhr hin.

Der ursprünglich vorgesehene Tagesordnungspunkt zum Parkraumkonzept entfällt.

Eine Anfrage des Sozialressorts zur Entscheidung über die Sanierung des Übergangswohnheims in der Stolzenauer Straße wird als zusätzlicher Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung aufgenommen.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden, geänderten Fassung beschlossen.

TOP 1: Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 18.12.2025 und 15.01.2026 und Rückmeldungen

Die Protokolle der Sitzungen vom 18.12.2025 und 15.01.2026 werden genehmigt.

Rückmeldungen

auf Beiratsbeschlüsse

067-2025-B-HH-03 Beirat Hemelingen: Anhebung des Grünflächenbudgets (Anhebung um jeweils eine Pflegestufe) für alle Grünanlagen im Stadtteil

Jörn Hermening verliest das Antwortschreiben der Umweltbehörde:

Wie bereits im Antwortschreiben vom 24.09.2025 mitgeteilt, ist im (noch nicht beschlossenen) Haushaltsplan für die Stadtgemeinde Bremen eine geringfügige Aufstockung des Budgets für die Pflege der öffentlichen Grünanlagen vorgesehen. Leider war es der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft nicht möglich, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Mittelaufstockung wird vollkommen aufgebraucht durch die allgemeinen Kostensteigerungen, die tariflichen Lohnanpassungen sowie die Mehraufwendungen für notwendige Verkehrssicherungsmaßnahmen insbesondere am Baumbestand. Daher ist eine pauschale Anhebung der Pflegestufen für alle Grünanlagen in Hemelingen leider nicht möglich.

Die genaue Mittelverteilung auf die Stadtteile sowie die einzelnen Grünanlagen wird nach Haushaltsbeschluss nachgereicht.

Antwort SKB HH Antrag Kita-Sanierung (2025-HH-13)

Jörn Hermening fasst die Antwort der Bildungsbehörde wie folgt zusammen:

Die Kitas werden alle im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten modernisiert, im Rahmen der Finanziellen Möglichkeiten.

Die vollständige Antwort wird dem Protokoll beigelegt (Anlage 1).

Antwort des ASV auf den Beschluss des Beirates Hemelingen - Verfahren von Markierungsarbeiten im öffentlichen Straßenraum neu regeln

Jörn Hermening verliest die Antwort des ASV:

Die zuständigen Behörden sind verpflichtet im Rahmen der Vergaberichtlinien Bauleistungen, hier Fahrbahnmarkierungsarbeiten, auszuschreiben und zu beauftragen. Diesem kommen wir voll umfänglich nach. Seit Jahren stellen die Ausführungen von Fahrmarkierungsarbeiten große Herausforderungen dar. Die Anzahl der Fachfirmen zur Ausführung von Fahrbahnmarkierungsarbeiten ist sehr be-grenzt. Im Rahmen unserer öffentlichen Ausschreibungen erhalten wir nur eine sehr begrenzte Anzahl von Angeboten. Weiterhin darf auf die angespannte Haushaltslage verwiesen werden. Im Rahmen der uns zur Verfügung gestellten Möglichkeiten werden die Herausforderungen der Fahrbahnmarkierungsarbeiten bestmöglich abgewickelt.

Nachtrag Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und Kitas

Jörn Hermening fasst den Nachtrag der Bildungsbehörde wie folgt zusammen:

1. *Versorgung der Kinder in Form von Frischeküchen; Erstellung eines Konzeptes zusammengefasst: Abgelehnt, weil nicht notwendig*
2. *Sachstand Kita Bremen
Verweis auf Ernährungskonzept von KiTa Bremen (2025)*
3. *Berücksichtigung bei der Auswahl neuer Standorte
Kann bereits berücksichtigt werden ist aber kein gesondertes Entscheidungs-Kriterium*

Schulen:

Bei Neu- und Umbauten von Schulen werden aktuell Ausgabeküchen geplant und gebaut.

Beschäftigtenzahlen Gewerbegebiet Hansalinie – Nachtrag zur letzten Beiratssitzung

Jörn Hermening verliest den Nachtrag der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB):

Nach Auskunft des Statistischen Landesamts sind (mit Stand zum 31.12.2023) 6.742 Beschäftigte in den Unternehmen gemeldet. Wie Frau Geßner gestern dargestellt hat, sind ca. 145 ha netto-Bauland bisher in den Baustufen 0 - 2 vermarktet worden. Das ergibt eine durchschnittliche Arbeitsplatzdichte von 46,5 AP/ha netto-Bauland. In der 3. Baustufe werden ca. 67 ha netto-Bauland neu entstehen, sodass mit der 3. Baustufe rund 3.000 Arbeitsplätze zusätzlich entstehen werden.

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Ein Bürger weist darauf hin, dass der Räumungspflicht auf Gehwegen vielfach nicht nachgekommen werde und erkundigt sich, ob seitens der Polizei personelle Kapazitäten bestünden, um entsprechende Kontrollen – etwa mit Klingeln an Haustüren – durchzuführen.

AW: Dirk Bülow führt hierzu aus, dass entsprechende Kapazitäten bei der Polizei nicht vorhanden seien. Zuständig sei grundsätzlich der Ordnungsdienst, der die Einhaltung der Räumungspflichten überprüfe und Verstöße entsprechend ahnde. Dieser sei bereits im Einsatz gewesen; zudem lägen zahlreiche Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern vor. Eine pauschale Aussage zur Zuständigkeit – ob es sich um öffentliche Rad- und Gehwege in städtischer Verantwortung oder um private Flächen handele – könne nicht getroffen werden. Insgesamt stelle die Situation ein erhebliches Problem dar.

Yunas Kaya regt an, sich unmittelbar an den Umweltbetrieb Bremen (UBB) zu wenden. Er berichtet aus der jüngsten Sitzung der Umweltdeputation, in der die Thematik ebenfalls behandelt worden sei. Dort sei deutlich geworden, dass es insbesondere an personellen Ressourcen mangle. Der UBB sei daher für entsprechende Hinweise aus der Bevölkerung dankbar.

AW: Dirk Bülow ergänzt, dass in diesem Zusammenhang ein umfassendes Gespräch zwischen Feuerwehr, Polizei und der DBS geplant sei.

Jörn Hermening empfiehlt, entsprechende Beschwerden an das Ordnungsamt weiterzuleiten.

Jens Denhardt fragt abschließend, ob es mit Blick auf den kommenden Winter sinnvoll sein könnte, eine entsprechende Informationskampagne zu initiieren.

TOP 3: Wärmepumpenwoche in Arbergen und Mahndorf

Frida Kopka von der Klimaschutzagentur energiekonsens stellt eine Präsentation vor (Anlage 2).

In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass am 23. Februar die Wärmepumpenwoche im Stadtteil Hemelingen in den Ortsteilen Arbergen und Mahndorf beginnt.

Diskussion:

Ingo Tebbe berichtet, dass er bereits vor einem Jahr auf eine Wärmepumpe umgestellt habe. Vor diesem Hintergrund erläutert er, dass der Einsatz von Wärmepumpen grundsätzlich auch in den „roten Bereichen“ der Präsentation möglich sei. Er erkundigt sich, ob auch Photovoltaik und geeignete Stromtarife Bestandteil der Beratung seien.

Dr. Christian Kornek bittet um eine Einschätzung der Anschaffungs- und Betriebskosten von Wärmepumpen im Vergleich zu Gas- und Ölheizungen.

Reinhard Zwilling teilt mit, dass er beabsichtige, in mehreren seiner Gebäude Wärmepumpen zu installieren, und hierzu bereits im vergangenen Jahr einen Antrag bei Wesernetz gestellt habe. Im Rahmen der Prüfung sei festgestellt worden, dass für die Umsetzung ein neues Stromkabel erforderlich sei, wofür entsprechende Tiefbauarbeiten notwendig wären. Angesichts des akuten Bedarfs an einer neuen Heizungsanlage kritisiert er, dass sich seither nichts bewegt habe.

Ralf Bohr führt aus, dass er es stets begrüßt habe, entsprechende Informationsveranstaltungen direkt vor Ort durchzuführen. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Genossenschaft „ErdwärmeDich!“, die dem Fachausschuss bereits in einer Sitzung vorgestellt worden sei und zu der der Ausschuss eine Stellungnahme abgegeben habe. Ziel sei es, derartige Modelle künftig stärker zu berücksichtigen und monopolartige Strukturen zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund fragt er, ob energiekonsens auch über das Projekt „ErdwärmeDich!“ informiere und wie die weiteren Planungen für andere Ortsteile, z.B. Hastedt, aussähen.

AW: Frida Kopka führt aus, dass Wärmepumpen auch in den in der Präsentation als „rot“ gekennzeichneten Bereichen installiert werden können. Die Darstellung beziehe sich auf eine Betrachtung im Umkreis und nicht auf einzelne Gebäude. Entsprechende Fragestellungen würden zudem in den Vorträgen aufgegriffen.

Hinsichtlich des Stromanschlusses weist sie darauf hin, dass energiekonsens keine konkreten Empfehlungen gebe, sondern eine neutrale Beratung anbiete. Diese Vorgehensweise werde im Rahmen der Vor-Ort-Beratungen von Bürgerinnen und Bürgern überwiegend positiv bewertet.

In Bezug auf die Kostenentwicklung im Vergleich zu Gas- und Ölheizungen erklärt sie, dass perspektivisch mit sinkenden Strompreisen sowie steigenden Preisen für Gas und Öl zu rechnen sei. Politische Rahmenbedingungen ließen sich jedoch nicht verlässlich prognostizieren. Insgesamt werde das Heizen mit Wärmepumpen als sinnvoll eingeschätzt.

Zum geschilderten Beispiel im Zusammenhang mit Wesernetz bietet sie an, die Thematik erneut aufzunehmen. energiekonsens kläre im Vorfeld entsprechender Maßnahmen, ob die vorhandenen Netze ausgelastet seien; darüber hinaus könnten jedoch keine weitergehenden Aussagen getroffen werden.

Im Hinblick auf das Projekt „ErdwärmeDich!“ merkt sie an, dass dieses im Rahmen der Beratung zumindest am Rande Erwähnung finde. Es bestehe die Hoffnung, dass entsprechende Ansätze künftig in die Umsetzung gelangen.

Bezüglich weiterer Aktivitäten in anderen Ortsteilen teilt sie mit, dass derzeit zunächst besonders geeignete Quartiere in den Blick genommen würden. energiekonsens unterstütze hierbei mit fachlichem Wissen und organisiere unter anderem Netzwerktreffen. Ob gemeinschaftliche Lösungen – etwa durch das Teilen einer Erdsonde – zu kostengünstigeren Varianten führten, lasse sich derzeit noch nicht abschließend beurteilen.

Jens Dennhardt erkundigt sich nach genossenschaftlichen Lösungsansätzen und verweist darauf, dass skandinavische Länder in diesem Bereich bereits weiter seien. Er fragt, ob entsprechende Modelle bei energiekonsens bekannt seien, welche Ansätze sich als besonders erfolgreich erwiesen hätten und ob es vergleichbare Strukturen zum Projekt „ErdwärmeDich!“ gebe.

AW: Frida Kopka erklärt, dass sie diese Frage nicht abschließend beantworten könne. Sie weist jedoch darauf hin, dass in den Niederlanden verstärkt Luft-Wasser-Wärmepumpen zum Einsatz kämen. Zudem sei davon auszugehen, dass es künftig noch erhebliche Fortschritte hinsichtlich der Aufstellmöglichkeiten von Wärmepumpen geben werde.

Kerstin Biegemann erkundigt sich, ob im Rahmen der Beratung auch Fernwärmelösungen berücksichtigt würden und ob die Nutzung von Flusswärme als alternative Wärmequelle in Betracht gezogen werde. Zudem weist sie darauf hin, dass es in Bremen bereits entsprechende Ansätze gebe, und fragt, ob Einfluss auf große Anbieter genommen werden könne.

AW: Frida Kopka führt aus, dass energiekonsens im regelmäßigen Austausch mit Unternehmen, Handwerksbetrieben und Innungen stehe und über die jeweils angestrebten Konzepte informiert sei, beispielsweise im Zusammenhang mit der Überseeinsel. Die Rolle von energiekonsens bestehe dabei insbesondere darin, zuzuhören, zu vermitteln und Akteurinnen und Akteure miteinander zu vernetzen, ohne konkrete Vorgaben zu machen.

In diesem Kontext erfolge auch eine Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften, etwa in der Neustadt. Darüber hinaus werde der

Austausch im Zuge geplanter Projekte – wie beispielsweise eines Mobility Hubs – aktiv gesucht und begleitet.

TOP 4: Zukunft der Angebote im Familienzentrum Mobile

Dazu eingeladen: Vertreter:innen des Mobile sowie Dr. Petra Kodré von der Senatorin für Soziales

Vertreter:innen schildern die Sachlage wie folgt:

- Die sozialpädagogischen Spielkreise werden zum 31.07.2026 eingestellt, was zu großer Sorge und 22 Kündigungen beim Freundeskreis Häuser der Familie geführt hat.
- Die Bildungsbehörde begründet die Einstellung damit, dass es genug Krippen- und Kitaplätze in Bremen gibt, überdenkt diese Entscheidung aber inzwischen.
- Das Mobile plant nun ein neues, weiterführendes Angebot, um den Einstieg in Kitas weiterhin zu fördern.
- Eltern und Mitarbeitende in Kitas setzen sich gemeinsam dafür ein, Fachkräfte zu erhalten, da viele Erzieherinnen über 40 Jahre alt sind und in Teilzeit arbeiten.
- Eine Petition mit 1.200 Unterschriften wurde gestartet, und die Bürgerschaft hat zugesagt, das Thema erneut zu besprechen.
- Das Mobile wird in Hemelingen gut von den Behörden unterstützt, auch wenn die Situation insgesamt schwierig ist und viele Fachkräfte verloren gehen.

Diskussion:

Jens Dennhardt erkundigt sich vor dem Hintergrund aktueller Entlassungen, welche Maßnahmen derzeit ergriffen würden, um Beschäftigte zu halten.

Ralf Bohr berichtet, dass im vergangenen Jahr geförderte Beschäftigungsverhältnisse, wie beispielsweise Stellen nach § 16i SGB II oder im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten (AGH), weggefallen seien. Vor dem Hintergrund der angekündigten Schließung der Spielkreise fragt er, ob sich die Situation inzwischen stabilisiert habe oder ob weitere Einschnitte zu erwarten seien. Zudem stellt er die Frage, wie angesichts der Entlassungen ein kurzfristiger Wiederaufbau der Angebote bis zum 31.07. gelingen solle und welche Strategien vorgesehen seien, um Personal bei gesicherter Finanzierung zu halten. Abschließend erkundigt er sich im Zusammenhang mit dem Projekt „Kids in Kitas“, weshalb die Eltern bislang nur unzureichend erreicht würden.

AW: Charlotte Krull führt zum Thema Fachkräfte aus, dass ihr nicht bekannt sei, welche konkreten Maßnahmen derzeit ergriffen würden, um Personal zu halten. Im Bereich der Kindertagesbetreuung bestehe jedoch ein strukturelles Problem darin, dass in einer Einrichtung ausschließlich Vollzeitstellen angeboten würden. Sofern Erzieherinnen aufgrund von Pflegeverpflichtungen oder eigener Erkrankung nicht in Vollzeit tätig sein könnten und keine Teilzeitoption bestehe, wechselten diese mitunter in andere Tätigkeiten, etwa in den Reinigungsbereich.

Weiter berichtet sie, dass sich bereits drei Personen beworben hätten, von denen eine inzwischen eine andere Stelle angenommen habe. Gleichwohl bestehe bei allen eine hohe Identifikation mit dem Mobile; bei entsprechenden Rahmenbedingungen würden sie gerne bleiben. Sie bittet darum, diesen Umstand weiterhin zu berücksichtigen.

Im Hinblick auf den Wegfall der Stellen nach § 16i SGB II sowie der AGH-Stellen im Rahmen des Moki-Projekts erläutert sie, dass mit dem Wegfall der 16i-Stellen auch

entsprechende Stunden entfielen. Bestehende Lücken würden derzeit durch Umstrukturierungen aufgefangen, was jedoch zu Verschiebungen geführt habe. Die priorisierten Projekte liefen weiterhin, jedoch bestehe insbesondere für das Moki-Projekt sowie die Seniorenbetreuung ein Bedarf an langfristiger Planungssicherheit. Gegenwärtig seien acht AGH-Maßnahmen vorhanden; es fehlten jedoch die 16i-Stellen, was die Planbarkeit erheblich erschwere.

Zur Frage, weshalb Eltern im Rahmen des Projekts „Kids in Kitas“ bislang nur unzureichend erreicht würden, führt sie aus, dass die kein Projekt der Häuser der Familie sei. Die Häuser der Familie halten niedrigschwellige Angebote bereit und suchen aktiv den Kontakt zu den Familien, beispielsweise im Rahmen von Festen. Eltern nähmen zunächst Angebote wahr, die ihnen vertraut seien, und entschieden sich oftmals erst im weiteren Verlauf – etwa nach einem Jahr – für den Übergang in eine Kindertageseinrichtung. Zudem gestalte sich die Anwahlphase für Kita-Plätze aus Sicht vieler Eltern als sehr komplex.

Yunas Kaya erkundigt sich, ob sich die Einschätzung, dass derzeit alles sichergestellt sei, ausschließlich auf das laufende Jahr beziehe, und weist darauf hin, dass eine langfristige Perspektive wünschenswert wäre. Er schlägt vor, die Thematik im Fachausschuss Jugend, Soziales und Integration erneut zu behandeln.

Ingo Tebbe bezeichnet das Mobile Angebot als Leuchtturmprojekt und fragt, wie die betroffenen Zielgruppen künftig besser erreicht werden könnten.

Jörn Hermening regt an, das Thema in der Sitzung im März erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Ein Bürger äußert seine Besorgnis über aus seiner Sicht von übergeordneter Ebene ausgehende Einsparungsbestrebungen, insbesondere im Hinblick auf das Mobile Angebot. Er fordert eine klare Grundsatzentscheidung, auf deren Basis anschließend Anpassungen vorgenommen werden könnten, und spricht sich dafür aus, dass der Beirat hierzu eine deutliche Position beziehe.

Jens Dennhardt richtet an Dr. Petra Kodré die Frage, inwieweit Perspektiven für die bislang Beschäftigten geschaffen werden könnten und wie eine mögliche Trägerschaft im Rahmen einer Nachfolgelösung vorgesehen sei. Ziel müsse es sein, die Beschäftigten zu halten.

Ralf Bohr erkundigt sich nach der Position des zuständigen Ressorts und fragt nach den Gründen für die Kürzung der Mittel. Zudem schlägt er vor, dass sich der Ausschuss für Soziales erneut mit dem Thema der 16i-Stellen befasse.

Dr. Petra Kodré stellt die Sicht der Behörde wie folgt dar:

- Das Mobile ist eine wichtige Einrichtung, die viele soziale Bereiche abdeckt, wie Frühförderung, Familienhilfe und Unterstützung für ältere Menschen.
- Es bietet auch Arbeitsmarktförderung und Hilfe im Bereich der älteren Menschen an.
- Vor einem Jahr gab es eine Krise bei der Arbeitsmarktförderung, die sich inzwischen entspannt hat.
- Es gibt jetzt genug Stellen in der öffentlichen Beschäftigung.
- Die Vergabe dieser Stellen wird vom Jobcenter genau überwacht, da es in der Vergangenheit Fehler gab und Bundesmittel verwendet werden, die strengen Regeln unterliegen.
- Die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter ist eng, und das Mobile gilt als eines der wichtigsten Projekte.
- Es gibt jedoch Schwierigkeiten, genügend Bewerber:innen zu finden, der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) ist ebenfalls beteiligt.

Dr. Petra Kodré stellt die Antwort des Bildungsressorts zum Thema Spielkreise vor:

Derzeit werde mit Hochdruck an Lösungen gearbeitet. Hintergrund der Streichungen sei die angespannte Haushaltslage. Mittel würden vorrangig in den Ausbau der regulären Kindertagesbetreuung investiert, wodurch es in anderen Bereichen zu Einschnitten komme; hiervon seien die Spielkreise betroffen. Gleichwohl werde weiterhin an einer tragfähigen Lösung gearbeitet. Die Frage einer möglichen zukünftigen Trägerschaft könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.

Jörn Hermening stellt fest, dass sich die Problemlage inzwischen deutlich umfangreicher darstelle als im vorliegenden Beschlussvorschlag abgebildet. Eine abschließende Behandlung erfolge daher nicht in der heutigen Sitzung; stattdessen solle das Thema im Fachausschuss erneut aufgegriffen werden.

Elisabeth Laß verweist darauf, dass die Zahl geförderter Stellen zwar zwischenzeitlich erhöht worden sei, diese jedoch nicht mehr in den ursprünglichen Einsatzbereichen tätig seien. Sie fragt, wo die betreffenden Personen derzeit eingesetzt würden und nach welchen Kriterien eine Priorisierung erfolge.

AW: Dr. Petra Kodré erläutert, dass eine veränderte Förderlogik zugrunde liege. Die entsprechenden Stellen stünden dem Jobcenter zwar zahlenmäßig zur Verfügung, würden jedoch anschließend verteilt. Während es sich bei AGH-Stellen um eine Projektförderung handele, sei die Förderung nach 16i laut Jobcenter als personenbezogene Förderung ausgestaltet und nicht projektbezogen.

Eine direkte Verknüpfung mit einzelnen Projekten gestalte sich daher als schwierig, auch wenn dies entsprechend angestrebt worden sei. Die Förderlogik sei auf individuelle Zuweisungen ausgerichtet, wodurch insbesondere das Matching zwischen Personen und Einsatzbereichen derzeit erschwert werde. Gleichwohl seien die laufenden Angebote fortgeführt worden.

Der Bürgerschaftsabgeordnete Nurtekin Tepe führt aus, dass im Bereich der Spielkreise Einsparungen erforderlich gewesen seien. Hintergrund sei, dass Mittel in Höhe von 5 Mio. Euro eingesetzt worden seien, um eine Unterfinanzierung von Pflichtaufgaben zu vermeiden. Diese Entscheidung werde parteiübergreifend in der Bildungsdeputation mitgetragen. Vor diesem Hintergrund stellt er die Frage, wie die Spielkreise dennoch gesichert werden könnten und verweist auf die Möglichkeit, das Angebot mit 20 Stellen fortzuführen.

Yunas Kaya nimmt Bezug auf die personenbezogene Förderung und führt aus, dass die betreffende Person im Austausch mit dem Jobcenter stehe und gemeinsam eine geeignete Einsatzstelle suche. Er fragt, weshalb dieser Vermittlungsprozess in der Praxis nicht funktioniere.

AW: Charlotte Krull erklärt, dass derzeit keine geeigneten Stellen für Einstellungen zur Verfügung stünden. Für das Mobile sei es daher nur eingeschränkt möglich, entsprechende Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Ziel sei es vielmehr, die betreffenden Personen für eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren.

TOP 5: Geplante Erweiterung des ÜWH Stolzenauer Straße

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Dr. Petra Kodré von der Senatorin für Soziales anwesend. Sie erläutert wie folgt:

- Es besteht der Wunsch, das bestehende Angebot zu verlängern; der Betrieb verläuft derzeit unproblematisch.
- Parallel besteht die Möglichkeit, einen Neubau (Apartmenthaus mit 1-Zimmer-Wohnungen) anzumieten.
- Dieses soll ergänzend angeboten werden, da sich Einrichtungen dort kostengünstig betreiben lasse.
- Die Zahl neu ankommender geflüchteter Menschen ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen, gleichwohl erfolgen weiterhin Zugänge.
- Aktuell befinden sich rund 700 Personen in der Erstaufnahme und warten auf einen Platz in einem Übergangswohnheim.
- Diese Zahl soll reduziert werden, da die Plätze in der Erstaufnahme kostenintensiv, qualitativ eingeschränkt und integrationshemmend sind.
- Aufgrund der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt stehen kaum Wohnungen zur Verfügung, sodass ein direkter Umzug in eigenen Wohnraum vielfach nicht möglich ist.

Moritz Gerner-Beuerle vom ASB berichtet, dass der Betrieb der Einrichtung vor Ort weitgehend unproblematisch verlaufe. Derzeit lebten dort knapp 140 Personen. Die Einrichtung sei im Stadtteil gut integriert und die Bewohnerinnen und Bewohner würden vor Ort umfassend unterstützt. Eine Erweiterung könne aus Sicht des Trägers ohne Weiteres sichergestellt werden.

Diskussion:

Dr. Christian Kornek weist darauf hin, dass Übergangswohnheime ursprünglich für kurzfristige Aufenthalte konzipiert seien. In der Praxis verblieben die Bewohnerinnen und Bewohner jedoch häufig deutlich länger, was integrationshemmend wirken könne. Vor diesem Hintergrund fragt er nach der durchschnittlichen Verweildauer in dem betreffenden Übergangswohnheim.

Ingo Tebbe erkundigt sich nach der geplanten Größenordnung des Übergangswohnheims.

Ralf Bohr fragt nach der Gesamtzahl der Plätze, die durch einen möglichen Erweiterungsbau geschaffen werden könnten, sowie nach der durchschnittlichen Belegungssituation. Zudem weist er darauf hin, dass dem Beirat die Einrichtung zuletzt vor zwei Jahren vorgestellt worden sei, und spricht die Lärmsituation an, da der geplante Neubau in unmittelbarer Nähe zur Bahnstrecke liege. Er fragt, wie mit dieser Problematik umgegangen werden solle.

Elisabeth Laß erkundigt sich nach dem zeitlichen Fortschritt des Vorhabens, der Zusammensetzung der Bewohnerschaft vor Ort – etwa im Hinblick auf Familien mit Kindern oder Einzelpersonen – sowie nach der aktuellen Unterbringungssituation.

AW: Dr. Petra Kodré erläutert, dass insgesamt 26 Apartments mit 94 Plätzen vorgesehen seien. Die Apartments könnten jeweils von drei bis vier Personen belegt werden. Untergebracht seien sowohl Familien als auch Einzelpersonen; die Kinder besuchten Kindertageseinrichtungen und die Bewohnerinnen und Bewohner nutzten die Nahversorgungsangebote im Stadtteil. Die Unterbringungssituation sei insgesamt deutlich besser als in einer Erstaufnahmeeinrichtung.

Die Vermittlung in eigenen Wohnraum dauere im Durchschnitt etwa zwei Jahre, in Einzelfällen auch länger oder kürzer. Derzeit warteten rund 700 Personen in der Erstaufnahme auf eine Anschlussunterbringung. Zwar gehe die Zahl der Neuzugänge aktuell zurück, der Bestand baue sich jedoch nur langsam ab. Hintergrund sei insbesondere die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt; kostengünstiger

Wohnraum stehe kaum zur Verfügung. Das betreffende Gebäude sei bereits baugenehmigt, der Lärmschutz werde eingehalten.

Jens Dennhardt erkundigt sich, ob Untersuchungen zur Funktionsweise des bestehenden Systems im Hinblick auf schuttsuchende Menschen vorlägen und wie sich dieses im Verhältnis zum tatsächlichen Bedarf darstelle. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Bedeutung des Grundgesetzes.

Waltraut Otten fragt, ob das neue Gebäude bereits leer sei, beziehungsweise ob dort bereits Menschen untergebracht würden.

Tom Hundak bittet um eine Erläuterung des Begriffs „Apartment“ und erkundigt sich nach Vergleichsmöglichkeiten zu anderen Einrichtungen.

AW: Dr. Petra Kodré führt aus, dass die Zugänge nach Bremen im Jahr 2024 in der Spitze bei bis zu 600 Personen monatlich gelegen hätten, im Durchschnitt zwischen 400 und 600 Personen. Aktuell lägen die monatlichen Zugänge bei etwa 250 bis 300 Personen. Zur Größe der Unterbringungseinheiten erläutert sie, dass die Mindestfläche pro Person bei 12 Quadratmetern liege. Die Frage zur Schutzbedürftigkeit habe sie inhaltlich nicht eindeutig zuordnen können. Da das Gebäude noch nicht gebaut ist, sei auch kein Auszug von Menschen notwendig.

Dr. Christian Kornek äußert daraufhin, dass eine Mindestfläche von 12 Quadratmetern pro Person für ihn nicht nachvollziehbar sei.

AW: Dr. Petra Kodré stellt klar, dass es sich bei der Unterbringung nicht um eine hochwertige Wohnform handele. Bei der angegebenen Mindestfläche sei ausschließlich der reine Wohnraum gemeint; zusätzliche Flächen wie Aufenthaltsräume oder Küchen kämen hinzu. Gleichwohl räumt sie ein, dass die Wohnverhältnisse beengt seien. Die Unterbringung sei als Einstiegslösung gedacht, biete jedoch keine optimalen Bedingungen.

Jens Dennhardt betont in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

AW: Moritz Gerner-Beuerle führt aus, dass die Unterbringung in einem Übergangswohnheim zwar nicht optimal sei, jedoch nicht das Kernproblem darstelle. Viele Bewohnerinnen und Bewohner seien inzwischen erwerbstätig; der Mangel an verfügbarem Wohnraum sei vielmehr ein nachgelagertes Problem und nicht auf die Kapazitäten der Einrichtung zurückzuführen.

AW: Dr. Petra Kodré ergänzt, dass die Fenster im Übergangswohnheim in der Stolzenauer Straße dreifach verglast seien und somit zu einer gewissen Lärminderung beitrügen. Zudem bestehe eine Zusammenarbeit mit Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Heinz Hoffhenke äußert die Auffassung, dass der Standort des Übergangswohnheims nicht ideal sei, hebt jedoch zugleich die erheblichen Leistungen des Ortsteils Hastedt bei der Unterbringung geflüchteter Menschen in den vergangenen Jahren hervor.

Herr Ralf Bohr erklärt, dass ihm ebenfalls keine grundlegenden Probleme im Zusammenhang mit dem Übergangswohnheim in der Stolzenauer Straße bekannt seien, und fragt den ASB als Träger, wie personell auf eine mögliche Erhöhung der Belegung um 94 Personen reagiert werden solle.

AW: Moritz Gerner-Beuerle antwortet, dass in diesem Fall zusätzliches Personal eingestellt und die Beratungsangebote entsprechend ausgeweitet würden. Derzeit seien die vorhandenen Kapazitäten vergleichsweise gut.

Jörn Hermening teilt abschließend mit, dass der Beirat in der heutigen Sitzung keine Stellungnahme abgeben werde. Eine Befassung in zwei Wochen sei ausreichend; das weitere Vorgehen entspreche der zuvor im Geschäftsführungsausschuss getroffenen Absprache.

TOP 6: Aktueller Sachstand Sanierung BZA Hemelingen

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Harm Cordes und Thomas Rohdenburg (Immobilien Bremen) und Monika Duncan vom Senator für Inneres und Sport anwesend.

Jörn Hermening führt in die Thematik ein und teilt mit, dass die vorgeführte Präsentation nicht an das Protokoll angefügt werden darf, da sich das Projekt noch in der Prüfphase befindet.

Ein Architekt des von IB beauftragten Architekturbüros beschreibt das Vorhaben wie folgt:

- Einrichtung einer Containerlösung mit Toiletten im Außenbereich während der Bauphase
- Vollständige Entkernung der Haustechnik
- Einbau eines Schwingbodens in der Sporthalle
- Niveauanhebung innerhalb der Halle
- Installation einer mobilen Sitztribüne
- Herstellung vollständiger Barrierefreiheit (derzeit nicht gegeben)
- Abbruch und Erneuerung der bestehenden Windfänge
- Unterteilung der Sporthalle durch einen Trennvorhang in zwei Bereiche
- Erneuerung der Rettungssicherheit sowie Einrichtung eines Rettungsbereichs im vorderen Hallenbereich
- Sanierung im Erdgeschoss, inklusive neuer Behindertentoiletten mit erforderlichen Bewegungsflächen
- Sanierung im Obergeschoss
- Installation einer neuen Lüftungsanlage

Monika Duncan ergänzt:

- Einrichtung einer All-Gender-Toilettenanlage
- Installation eines Blindenleitsystems
- Einbau niedriger Duschköpfe gemäß bundesrechtlicher Vorgaben
- Inklusiver Sport in Hemelingen wird als vorbildlich hervorgehoben

Das weitere Vorgehen ist wie folgt geplant:

- Das Projektvorhaben wird derzeit durch EW-Bau geprüft und anschließend an IB übergeben

Jörn Hermening erkundigt sich nach dem Zeitplan sowie nach der Höhe der für das Projekt eingeworbenen Mittel.

AW: Hierzu können derzeit keine belastbaren Angaben gemacht werden, da die zuständigen Kolleginnen und Kollegen der Abteilung Strategie & Steuerung (ST) nicht anwesend seien. Es wird zugesagt, die Fragestellung mitzunehmen.

Ingo Tebbe fragt nach den energetischen Rahmenbedingungen, insbesondere im Hinblick auf Fernwärme und Photovoltaik.

AW: Es wird ausgeführt, dass von fossilen Energieträgern auf eine Luft/Wasser-Wärmepumpe umgestellt werde und eine Photovoltaikanlage auf dem Dach vorgesehen sei. Ein entsprechendes Energiekonzept sei bereits erstellt worden. Auf den Einsatz kostenintensiver Fassadenelemente könne verzichtet werden.

Jens Dennhardt erkundigt sich nach der Finanzierung des Projekts, insbesondere danach, ob von fünf oder elf Millionen Euro an Bundesmitteln auszugehen sei, wie hoch der tatsächliche Bedarf sowie die Planungskosten seien und wie die künftige Nutzung der Hallenaufteilung vorgesehen sei.

AW: Hierzu wird mitgeteilt, dass sich diese Aspekte noch in der Prüfung befänden und in die Zuständigkeit der Abteilung ST fielen.

AW: Monika Duncan ergänzt, dass die Halle künftig in zwei Felder unterteilt werde und nicht die Größe einer Dreifeldhalle aufweise.

Ralf Bohr fragt im Zusammenhang mit der energetischen Nutzung, weshalb – trotz gesetzlicher Vorgaben zur Installation von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden – lediglich eine kleine Anlage vorgesehen sei.

AW: Als Grund wird die statische Beschaffenheit des Daches genannt. Eine vollständige statische Ertüchtigung und Dachsanierung würde Kosten im siebenstelligen Bereich verursachen und sei daher wirtschaftlich nicht darstellbar.

Jörn Hermening regt an, die Hallenfassade als Graffitifläche zu nutzen, und bittet um Einschätzungen.

AW: Frau Monika Duncan erklärt, dass dies grundsätzlich möglich sei, abhängig vom Umfang der geplanten Fassadengestaltung. Aus Sicht des Sportamtes spreche nichts dagegen, sofern eine entsprechende Steuerung gewährleistet sei, etwa durch einen Träger, und die örtlichen Vereine einbezogen würden.

AW IB: Es handelt sich um eine verblendete Fassade. Der Standort sei nicht ideal, eine technische Umsetzung jedoch möglich.

Herr Jörn Hermening bedankt sich für die Ausführungen und kündigt an, dass der Beirat das Thema erneut im zuständigen Ausschuss behandeln werde.

TOP 7: Beiratsverschiedenes

Beschlussvorschlag aus dem Fachausschuss Umwelt, Lärm und Gesundheit

Stichtagsregelung für die Umsetzung der Gesetzeslage im Glücksspiel

Der Beirat Hemelingen fordert die Senatorin für Inneres und Sport auf, bei Geldspielgeräten in der Gastronomie und weiteren Aufstellorten (wie z.B. Tank- und Rastanlagen) endlich die aktuell geltenden Gesetze durchzusetzen. Wie bei den Spielhallen und Wettbüros bereits erfolgreich umgesetzt, sollte auch hier eine Stichtagsregelung eingeführt werden. Zum Stichtag werden alle Geräte vom Netz genommen, wenn aufstellerverschuldet die Auflagen nicht eingehalten werden. Sie müssen nachweisen, dass der Jugend- und Spielerschutz gewährleistet wird. (Von außen nicht einsehbare Platzierung/Anschluss an Oasis).

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Globalmittelvergabe

01 Fest der Farben (Antrag 21)

Antragsteller: Aikyam-We Are One e.V.

Gesamtausgaben: 6.128,16 €

Antragssumme: 1.500,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 1.500,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung)

02 Messe-Pavillion für Stadtteilstadt (Antrag 30)

Antragsteller: SV Hemelingen

Gesamtausgaben: 1.475,29 €

Antragssumme: 1.200,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 1.175,29 €

Ralf Bohr führt aus, dass im Geschäftsführungsausschuss vereinbart worden sei, das teuerste Angebot zu berücksichtigen. Er hinterfragt diese Entscheidung und beantragt stattdessen, das günstigste Angebot anzunehmen.

Dr. Christian Kornek vertritt die Auffassung, dass das teuerste Angebot zugleich das nachhaltigste sei.

Hans-Peter Hölscher merkt an, dass das günstigste Angebot nicht zwangsläufig von der Qualität her das minderwertigste sei, und erklärt, dass die SPD den im Geschäftsführungsausschuss abgestimmten Vorschlag unterstütze.

Ingo Tebbe weist darauf hin, dass die vorliegenden Angebote inhaltlich nicht unmittelbar vergleichbar seien.

Kerstin Biegemann gibt zu bedenken, dass das teuerste Angebot nicht automatisch das beste sei.

Dr. Christian Kornek widerspricht und führt ergänzend aus, dass noch ausreichend Globalmittel zur Verfügung stünden.

Es wird ein Ende der Debatte beantragt.

Abstimmung zum Ende der Debatte: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung)

Stellungnahme zum Globalmittelantrag: Zustimmung (10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

Dringlichkeitsantrag von Reinhard Zwilling

Jörn Hermening weist darauf hin, dass zunächst über die Dringlichkeit des vorliegenden Antrags abzustimmen sei.

Reinhard Zwilling erläutert seinen Antrag und führt aus, dass der sogenannte „Mäusetunnel“ in der Hohensteiner Straße für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie für Radfahrende derzeit nicht passierbar sei, da dort weder Schnee noch Eis geräumt worden seien und die Fläche spiegelglatt sei. Der Beirat solle daher beschließen, dass an dieser Stelle künftig eine regelmäßige Räumung von Schnee und Eis sichergestellt werde.

Abstimmung über die Dringlichkeit:

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung)

Abstimmung über den Antrag:

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung)

Nächste Beiratssitzung

Die nächste Beiratssitzung soll am 05.03.2026 um 19:00 Uhr im **Bürgerhaus Mahndorf** stattfinden.

Geplante Themen:

- Kita: Sachstand KiTa-Anmeldungen, Programm Kinder in die Kitas
- Parkraumkonzept Stufe 2,3 und 4
- Gewerbegebiet Bremer Kreuz und Entwicklungen Achim West

gez. Hermening
Vorsitzender

gez. Dr. Christian Kornek
stellv. Beiratssprecher

gez. Liedtke
Protokoll